WP-01-K3-1146-2

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Svenja Horn (KV Hamburg-Mitte)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 1145 bis 1146 einfügen:
schaffen wir dauerhaft mehr Sicherheit für alle und wahren Frieden und Stabilität. Dieser Einsatz ist und bleibt Pfeiler jeder Friedenspolitik.In diesem Sinne setzen wir uns auch gegen die für 2026 geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland ein.

Begründung

Eine Mehrheit der deutschen Zivilgesellschaft lehnt die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland 2026 ab. Initiativen der Friedensbewegung wie unter anderem der „Berliner Appel“ oder die Kampagne „Friedensfähig statt Erstschlagfähig“ von mehr als 36 Friedensorganisationen bringen den Unmut über die weitere Eskalation des Rüstungswettlaufes sowie die die Friedensambitionen weiter Teile der Bevölkerung zum Ausdruck.

Weitere Aufrüstung schafft keinen Frieden und verhindert Friedensverhandlungen. Diplomatie, Kooperation und zivile Verständigung sind alternativlos.
Die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenrakten in Deutschland ab 2026 ist Teil des verzweifelten Versuches, den Krieg in der Ukraine „zu gewinnen“ und „Russland zu ruinieren“ – im Interesse von Rheinmetall, Nestlé und Blackrock und auf Kosten von tausenden von Menschenleben.

Als Konsequenz aus der Befreiung vom deutschen Faschismus ist es mit dem antifaschistischen Entwicklungsauftrag des Grundgesetz unsere Aufgabe ist, in besonderer Weise Verantwortung für eine friedliche Entwicklung im globalen Maßstab zu übernehmen. In diesem Bewusstsein hat Bündnis 90/ Die Grünen ihre Wurzeln nicht zuletzt in der Friedensbewegung, die in den 80er Jahren unter anderem mit den Bonner Hofgarten-Demonstrationen gegen die Stationierung von US-amerikanischen atomaren Mittelstreckenraketen auf die Straße gegangen ist und damit 1987 den INF-Vertrag zur Vernichtung aller boden- und landgestützten Nuklearraketen mit mittlerer und kürzerer Reichweite erwirkte. Daran wollen wir anknüpfen, und die Initiative dafür übernehmen, alte Abrüstungsverträge wiederzubeleben und neue Abrüstungsverträge zu schaffen.

weitere Antragsteller*innen

Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Ruth Alpers (KV Harburg-Land); Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt-Weinstraße); Hans Mönninghoff (KV Hannover); Claudia Laux (KV Coburg-Land); Stefan Riese (KV Münster); Stephan Wiese (KV Lübeck); Wilhelm Achelpöhler (KV Münster); Kristin Dimitrov (KV Barnim); Walter Zuber (KV Aurich-Norden); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Martin Pilgram (KV Starnberg); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Jens Pommer (KV

Düsseldorf); sowie 40 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.